

Alarmierende Versorgungslage der psychotherapeutischen Angebote für Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz – dringender politischer Handlungsbedarf

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Frau Ministerin Binz,
sehr geehrter Herr Minister Hoch,
sehr geehrter Herr Minister Teuber,

die neuesten Ergebnisse der Stiftung für Kindergesundheit zeichnen ein eindeutiges und alarmierendes Bild der psychosozialen Versorgungssituation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland und insbesondere in Rheinland-Pfalz ab. Die Datenlage verdeutlicht, dass Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich das Schlusslicht in der psychosomatischen Versorgung bildet. Mit einer Arztdichte von lediglich 2,66 Fachärztinnen und Fachärzten für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie pro 100.000 Einwohner liegt unser Bundesland unter dem Bundesschnitt von 3,37 und bildet damit die bundesweit schlechteste Versorgungsquote.

Diese Unterversorgung fällt in eine Zeit, in der, wie die Stiftung Kindergesundheit dokumentiert, die psychischen Belastungen junger Menschen seit der Corona-Pandemie erheblich zugenommen haben. Gleichzeitig fehlen sowohl ambulante als auch stationäre Behandlungskapazitäten. Der Bedarf steigt, doch das System kann diesen Bedarf nicht mehr bedienen.

Der Landesjugendbeirat Rheinland-Pfalz macht sich in dieser Legislatur besonders für die Kinder- und Jugendrechte stark. Dazu gehört auch das Recht auf Gesundheit – körperlich wie psychisch. Gerade im Bereich der psychischen Gesundheit junger Menschen sehen wir großen Handlungsbedarf, was sich nun auch deutlich in der aktuellen Berichterstattung zeigt. Vor diesem Hintergrund möchten wir zwei unserer zentralen Forderungen zur Landtagswahl 2026 besonders hervorheben:

Niedrigschwellige Beratungsangebote

Es bedarf eines konsequenten Ausbaus von leicht zugänglichen Beratungsstellen für Jugendliche, insbesondere im Bereich der psychischen Gesundheit. Nur so kann eine

frühzeitige Unterstützung gewährleistet und der wachsenden Belastung vieler junger Menschen wirksam begegnet werden. Je länger die Wartezeit, desto länger die Therapie. Dies ist ein Teufelskreis, der Ressourcen weiter verknüpft. Psychische Erkrankungen verschärfen sich und belasten Familien, Schulen und Jugendhilfe übermäßig. Frühzeitige Interventionen, welche häufig kostengünstiger und erfolgreicher sind, können vielerorts nicht mehr gewährleistet werden.

Präventionsprogramme in Schulen

Wir setzen uns für die flächendeckende Implementierung wirksamer Präventionsprogramme zur Förderung mentaler Gesundheit und Resilienz von Schüler*innen ein. Schulen benötigen verlässliche Strukturen und Ressourcen, um jungen Menschen die Kompetenzen zu vermitteln, die sie für ein gesundes Aufwachsen brauchen.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf eine wohnortnahe, niedrigschwellige und bedarfsgerechte psychosoziale Versorgung.

Diese existiert in Rheinland-Pfalz derzeit nicht in ausreichender Form. Die vorliegenden Daten und Befunde der Stiftung Kindergesundheit sind eindeutig und für Rheinland-Pfalz zutiefst besorgniserregend. Das Land steht im Bereich der psychosomatischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen an letzter Stelle. Das ist ein Zustand, der weder fachlich noch gesellschaftlich hinnehmbar ist.

Wir fordern, dass diese langbekannten und nun erneut bestätigten Anliegen in den aktuellen politischen Entscheidungsprozessen entsprechend berücksichtigt werden. Wir fordern ein entschlossenes politisches Gegensteuern – und zwar jetzt, nicht später. Die kommenden Jahre werden entscheidend dafür sein, ob Rheinland-Pfalz seine Verantwortung gegenüber der jungen Generation wahrnimmt und die notwendige Infrastruktur schafft, um psychosoziale Gesundheit nachhaltig zu sichern.

Wir stehen als Landesjugendbeirat Rheinland-Pfalz bereit, diesen Prozess aktiv zu begleiten und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gleichzeitig erwarten wir von Ihnen als politische Entscheidungsträger*innen eine klare Antwort darauf, wie sie nun konkret ins Handeln kommen – damit die Rechte, Bedürfnisse und die psychische Gesundheit junger Menschen endlich die Priorität erhalten, die ihnen zusteht.

Viele Grüße

Ihr Landesjugendbeirat Rheinland-Pfalz

ein Projekt von:



MEDIEN.RLP
INSTITUT FÜR MEDIEN UND PÄDAGOGIK E.V.

gefördert von:



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR
FAMILIE, FRAUEN, KULTUR
UND INTEGRATION